



Ab auf den Scheiterhaufen? Blickt man auf vergangene Wahlergebnisse und aktuelle Umfragen, vor allem unter jungen Wählern, deutet sich dieser Weg für die Volksparteien an.

Foto: Maurizio Gambarini/dpa, Montage: Freistunde

# Cool werden?

**Die Jungen wehren sich. In bisher vier Beben zeigen sie den Alten, dass sie mit ihrer Politik nicht einverstanden sind. Die Jungen haben über die Sozialen Medien viel Einfluss und werden nicht aufhören. Gut so. Eine Meinung.**

Von Florian Wende

**E**in Erdbeben ist eine messbare Erschütterung. Es entsteht durch Masseverschiebungen und besteht meist aus mehreren Beben. Man spricht von Vor- und Nachbeben. Soweit Wikipedia. Das Vorbeben in der Politik trug den Namen Polizeiaufgabengesetz.

Das Gesetz verleiht der Bayerischen Polizei mehr Rechte. Sie kann zum Beispiel schon bei „drohender Gefahr“ tätig werden. Stimmt ein Richter zu, kann sie Telefone von Verdächtigen abhören oder Computer durchsuchen. Tausende Menschen demonstrierten gegen das Gesetz. Darunter viele Jugendliche. Im Mai 2018 wurde es trotzdem beschlossen.

*Es heißt nun: Ihr von gestern, wir von morgen*

**Das erste große Beben** löste Artikel 13 der EU-Urheberrechtsreform aus. Hier zeigte sich, wie viele Ältere die Jungen sehen: von oben herab. Schminktipp auf Instagram, Pranks auf YouTube. So ist die Generation Z. Z wie zurückgeblieben. Wir hier oben. Ihr da unten. Aber das gilt nicht mehr. Es heißt nun: Ihr von gestern, wir von morgen.

Gestern, das sind die Politiker um Axel Voss, die die Reform durchdrücken. Ohne selbst große Ahnung zu haben: „Ich weiß das nicht mehr so im Detail“, sagte Axel Voss bei *Vice* auf die Frage, ob Upload-Filter Wikipedia beeinträchtigen könnten. Und ohne die Jungen ernst zu nehmen: „Ganz von der Hand zu weisen ist das nicht“, antwortete er darauf, ob er denke, dass die Online-Proteste von Bots gesteuert wurden. Morgen, das sind YouTuber wie LeFloid, die für ein neues Urheberrecht sind, Artikel 13 aber ablehnen. Das Thema hätte wohl noch mehr Aufmerksamkeit bekommen, wäre es für viele nicht so sperrig.

Beim Klimaschutz ist das anders. **Das war das zweite starke Beben**, es hält immer noch an. Greta Thunberg und die „Fridays for Future“-Demonstranten haben vor allem eine Forderung: Die Politik muss mehr für den Klimaschutz tun.

*Klimaschutz: Die Gestrigen reagierten nur überheblich*

Auch hier reagierten die Gestrigen überheblich und lenkten die Diskussion aufs Schuleschwänzen. Man braucht sich nur Kommentare unter „Fridays for Future“-Beiträgen auf Facebook ansehen. Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht der Bewegung, bringt es in der *Zeit* auf den Punkt: „Über die Streiks wurde ausführlich berichtet – das Klima selbst und seine Zerstörung sind dagegen kaum Thema.“

Die Parteien verstehen nicht, wie sehr sich die Jungen betroffen sehen. Ihre Forderungen sind nachvollziehbar. Sie werden am meisten leiden, wenn die Erde weiter zerstört wird. Der Klimawandel wird Generationen beschäftigen. Wir verharren nahezu im Stillstand.

**Rezo sorgte für das dritte Beben.** In seinem Video gegen die CDU hat er in vielem recht, vor allem bei der Klimapolitik. Die Reaktion der CDU: ein elfseitiges PDF. Selbst Angela Merkel befand später im *Handelsblatt*: „Seitenlange PDFs sind nicht so attraktiv.“

**Beben Nummer vier** fand am 26. Mai statt: die Europawahl. Erstmals überholten die Grünen die SPD in einer deutschlandweiten Abstimmung.

**Was fordern junge Menschen von Parteien? Das erfährst du auf Seite 5. Du willst mit uns dazu diskutieren? Dann komm' zum Freistunde-Talk am Donnerstag, 11. Juli, ab 19 Uhr am Ludwigsplatz in Straubing. Mehr Infos dazu: [bit.ly/TalkPolitik](http://bit.ly/TalkPolitik)**

Was müssen die Parteien nun ändern? Sie müssen verstehen, dass die Jugend politisch ist, sich aber kaum mit Parteien identifiziert. Diese sind zu hierarchisch, bürokratisch und langsam. Die Jungen wollen sofort mitbestimmen.

Und die Parteien müssen erkennen, dass tatsächlich ein Erdbeben stattfindet. Warum? Größere Einheiten bröckeln. Sie heißen CDU, CSU und SPD. Auch die Definition bestätigt sich: Masseverschiebungen geschehen, von CDU, CSU und SPD zu den Grünen.

*Die bisherigen Versuche, cooler zu werden, waren peinlich*

CSU-Chef Markus Söder sagt: „Wir müssen daran arbeiten, wieder jünger, cooler, offener zu werden.“ Cooler? Dafür gab es bisher ein paar Versuche: Auftritte ohne Krawatte und in Sneakers. Höhepunkt war das Latex-Kleid der CSU-Politikerin Dorothee Bär. Dafür gab es nur Spott.

Das Problem ist: Die Parteien haben niemanden, mit dem sich junge Menschen identifizieren. Die CDU setzt auf Philipp Amthor, Darsteller im nicht veröffentlichten Antwortvideo auf Rezo. Doch jung wirkt der 26-Jährige nicht, er passt eher ins Gestern. Bei der SPD ist die Rolle des Jusos-Chefs Kevin Kühnert unklar. Er könnte eine Erneuerung bringen, doch viele lehnen ihn ab.

Die CSU möchte ihr Onlineangebot ausbauen, zum Beispiel auf YouTube. Da gibt es laut Generalsekretär Markus Blume „noch viel Luft nach oben“. Wahre Worte. Die Grünen sind schon weiter. Sie haben auf Instagram 95000 Follower. CDU, CSU und SPD haben zusammen nur knapp mehr. Werden CDU, CSU, SPD mit Insta-Stories, YouTube-Videos und lässigen Outfits cool? Nein. Cool werden sie, wenn sie verstehen, was den Jungen wichtig ist, und sich diesen Anliegen annehmen. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. **Das fünfte Beben wird kommen.**



**Greta Thunberg, Schülerin, die Schwedin löste die Bewegung „Fridays for Future“ aus.**



**Rezo, YouTuber, kritisierte in einem YouTube-Video die Politik von CDU, CSU und SPD.**



**Luisa Neubauer, Studentin, organisiert die „Fridays for Future“-Bewegung in Deutschland mit.**



**Julia Reda, Politikerin, kämpfte im EU-Parlament gegen Artikel 13.**



**Paul Ziemiak, CDU-Politiker, spottete über Greta Thunberg und lud Rezo zum Gespräch ein.**



**Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Chefin, kritisierte nach Rezo-Video Meinungsmache im Internet.**



**Axel Voss, CDU-Politiker, verhandelte das Gesetz zum neuen Urheberrecht der EU.**



**Katharina Barley, SPD-Politikerin, lehnt Uploadfilter ab, stimmte aber der Urheberrechtsreform zu.**